

VW muss Land entschädigen

Oberösterreich klagte den Wolfsburger Mega-Konzern wegen seiner Tricksereien bei den Abgaswerten. Nach einem Teilurteil fließen jetzt gut 200.000 Euro in die Landeskasse.



ROBERT LOY

Oberösterreich Inoffiziell

Ein unerwarteter Geldsegen lässt jetzt Bares in die (klammen) Kassen des Landes fließen: Als Besitzer von Fahrzeugen der Marken VW und Skoda klagte das Land Oberösterreich mit Finanzreferent und Landeshauptmann **Thomas Stelzer** (ÖVP) an der Spitze den Wolfsburger Mega-Konzern. Dieser hatte ja bekanntlich bei der Messung von Abgaswerten getrickst und damit einen riesigen Skandal ausgelöst.

Der Oberste Gerichtshof sprach Ende Februar in einem Teilurteil dem Land Oberösterreich eine Entschädigung zu – und diese kann sich sehen lassen. Offiziell heißt es: „Insgesamt besteht zum heutigen Teil eine Zahlungsverpflichtung von Volkswagen gegenüber dem Land Oberösterreich in der Höhe von 225.603,38

Euro.“ Die Summe setzt sich aus einer Entschädigung in der Höhe von 168.344,25 Euro sowie Zinsen zusammen. Seit 13. August sind Zinsen in der Höhe von 9,2 Prozentpunkten fällig, was den Geldsegen erheblich aufpuffert. Inhaltlich hat der Oberste Gerichtshof (OGH) ausgesprochen, dass für alle Fahrzeuge der Mar-

ke VW, die sich im Besitz des Landes befinden, zehn Prozent merkantiler Minderwert angemessen seien. Das heißt konkret, dass der theoretische Wertverlust ausgeglichen wird, der bei einem Verkauf des Fahrzeugs anfallen würde. Aber auch für Autos, die bereits veräußert wurden, wurden sieben Prozent Wertverlust

gerechnet, heißt es in der Entscheidung. Vom Abgaskandal betroffen waren auch Fahrzeuge der Marke Skoda, die sich ebenfalls im Besitz des Landes befinden. Hier warf der OGH die Klage in die erste Instanz zurück, weil das Schriftstück um weitere Details ergänzt werden muss. Auch hier stehen die Chancen gut.



Karikatur: Milan A. Ilic

Mit ihrer Forderung, Schulen zu sanieren und zu errichten anstatt Geld ins Landhaus fließen zu lassen, haben Oberösterreichs Sozialdemokraten eine Debatte ausgelöst. Das Team rund um Landesrat **Michael Lindner** monierte die hohen Kosten. Für die Sanierung von Landesgebäuden – konkret des Landhauses als Sitz der Landesregierung und benachbarter Gebäude – flos-

Umbau kostete halbe Million

Landtagsklub der SPÖ gab für neue Büros Steuergeld aus.

sen seit 2021 laut Regierungsbeschlüssen bis zu 65 Millionen €. Im Vergleich: Für die Sanierung von Pflichtschulen sind im lau-

fenden Jahr 22,1 Millionen Euro veranschlagt – die „Krone“ berichtete.

Die ÖVP ärgert sich über diese Darstellung und zeigt

jetzt auf, dass auch die Roten in den Sanierungstopf gegriffen haben. So kostete der Umbau des SPÖ-Landtagsklubs 513.000 Euro, die Bauarbeiten liefen von Herbst 2022 bis April 2023. Die Roten ließen die Raumstruktur völlig neu aufbauen und schufen Begegnungsbereiche. Neue Türen und Böden wurden ebenso angeschafft wie Möbel, Beleuchtung und eine Klimaanlage.